

Sächsische Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 329.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Belegpreis für Halle a. S. 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk., für das Vierteljahr 7,50 Mk., halbjährlich 14,00 Mk., jährlich 27,00 Mk., durch die Post bezogen 30,00 Mk., für das Ausland 35,00 Mk., für die Provinz Sachsen 30,00 Mk., für die Provinz Thüringen 35,00 Mk., für die Provinz Anhalt 30,00 Mk., für die Provinz Westfalen 35,00 Mk., für die Provinz Bayern 35,00 Mk., für die Provinz Preußen 35,00 Mk., für die Provinz Sachsen 30,00 Mk., für die Provinz Thüringen 35,00 Mk., für die Provinz Anhalt 30,00 Mk., für die Provinz Westfalen 35,00 Mk., für die Provinz Bayern 35,00 Mk., für die Provinz Preußen 35,00 Mk.

Erste Ausgabe

Abendausgabe 10 Pf., Sonntagsausgabe 15 Pf., für die Provinz Sachsen 10 Pf., für die Provinz Thüringen 15 Pf., für die Provinz Anhalt 10 Pf., für die Provinz Westfalen 15 Pf., für die Provinz Bayern 15 Pf., für die Provinz Preußen 15 Pf.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus, Telefon 158; Redaktions-Zustellort 1372, Eing. Gr. Brauhäuser, Eigentümer: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Sonnabend, 17. Juli 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 14, Telefon Amt VI Nr. 11 494, Druck und Verlag von Otto Zöfel in Halle a. S.

Sozialdemokratische Steuerpolitik.

In der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie lesen wir folgenden beachtenswerten Artikel: In der Provinz Sachsen hat die Sozialdemokratie in den letzten Wochen ein von der Reichlichen Genossenschafts-Bunddruckerei gedruckt und von einem Genossen N. Dreißer in Halle a. S. veranlaßt und geseichnetes Flugblatt verbreitet, das im Anschluß an die Beratungen des Reichstages über die Reichsfinanzreform die Frage aufwirft: Wer bezahlt wieder die Zehne? Die Beantwortung dieser Frage erfolgt, wie nicht anders zu erwarten, nach dem bekannten sozialdemokratischen Schema F, nach dem immer nur die breiten Volksmassen die angeblich Ausgehorenen sind, die immer wieder bluten müssen, während die herrschenden Klassen den erzeugten Reichtum in ihre Privatgärten stecken, zur Füllung des Reichsbeutels aber viel zu wenig begabten. Darum hänge alles „Wohlfest des Volkes“ allein von der Bereinigung der Sozialdemokratie ab, die die Forderung aufstellt, indirekte Steuern zu beseitigen! „Her mit den direkten Steuern!“

Daher berartige Phrasen und Schlagworte überhaupt noch Leser und Gläubige finden, die sie ebenso gebanntes nachplappern, wie sie geschrieben sind, ist nur in einem Lande wie Deutschland möglich, wo die Kenntnis unserer Geschichte und das Vertrauen mit unserer Verfassung und unseren staatsrechtlichen Verhältnissen sich immer noch auf einen leider nur ganz kleinen Kreis von Staatsbürgern beschränkt. Die Sozialdemokratie verweigert, wenn sie die direkten Steuern für das Reich fordert, vollständig, daß das Deutsche Reich kein Einheitsstaat ist, wie etwa England oder Frankreich, sondern ein Bundesstaat, dessen Gliedstaaten für sich volle staatliche Selbständigkeit vor allem in finanzieller Beziehung beanspruchen und nach der geschichtlichen Entwicklung, die zur Begründung des Deutschen Reiches geführt hat, auch mit Recht beanspruchen dürfen. Alle diese Gliedstaaten hatten, als sie sich zum Norddeutschen Bund und später zum Deutschen Reich zusammenzuschließen, ihr eigenes ausgebildetes Steuerwesen, das sich zum größten Teil auf den direkten, also nach Vermögen, Einkommen, Ertrag, Aufwands usw. veranlagten Steuern aufbaute. Diese direkten Steuern mußten den Bundesstaaten auch nach Begründung des Reiches belassen werden, weil ja die Einzelstaaten ebenfalls von Jahr zu Jahr sich steigende Mittel gebrauchen, und zwar zum größten Teil zur Bestreitung von Aufgaben kultureller und charitativer Art, deren Erfüllung in überwiegender Weise gerade den Interessen der ärmeren Bevölkerung dient, z. B. Armen- und Schulwesen.

Aber auch das Reich, dem die sehr kostspielige, dem Frieden dienende, also gerade dem Arbeiterstande besonders zugute kommende Bundesverwaltung als hauptsächlichste Aufgabe zugewiesen wurde, mußte seine Steuerquellen erhalten. Diese Schwierigkeit wurde in der glücklichen Weise dadurch gelöst, daß man dem Reich die Zölle und die indirekten Steuern als Einnahmequellen überließ, während die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten blieben. Die Entwicklung des deutschen Steuerwesens ist somit ein naturnotwendiges Ergebnis unserer geschichtlichen Entwicklung gewesen; an ihm zu rütteln, bedeutet also nichts mehr und nichts weniger, als die Zukunft des Deutschen Reiches aufs Spiel setzen. Der Sozialdemokratie ist diese Gefahr natürlich völlig gleichgültig, denn einmal ist sie selbst eine ganz schicksalvolle Partei und zum zweiten mal ist ja die bestehende staatliche Ordnung unzulässig; ihr ist daher die Vernichtung und Zerstörung des Deutschen Reiches in seiner heutigen Zusammenfassung gerade erwünscht. Sie fordert daher die Aufhebung der indirekten Steuern und die Übertragung der direkten Steuern auf das Reich nicht etwa, um die breiten Volksmassen ganz von jeglicher Steuer frei zu halten — das ist ihr nur agitatorischer Vorwand, also nur Bauerwasch — sondern weil die Erfüllung dieser Forderung nothwendigen zur finanziellen Erdoberflutung der Einzelstaaten und damit zur Auflösung des Deutschen Reiches als eines Bundesstaates führen müßte.

Unter diesen Umständen lohnt es sich nicht, die Forderungen jenes in der Provinz Sachsen verbreiteten sozialdemokratischen Flugblattes noch im einzelnen zu widerlegen; nur noch auf einige wenige Gesichtspunkte sei hingewiesen, warum die Sozialdemokratie keine indirekten, sondern nur direkte Steuern will. Die indirekten Steuern lassen sich sehr viel bequemer entrichten als die direkten; man pflegt sie in selbstgewählten Zeiten und in selbstgewählten Beträgen zu zahlen, man hat auch selbst in der Hand, wie viel man von ihnen bezahlen will, indem man sich je nach Laune und, je nachdem, ob Ebbe oder Flut im Geldbeutel ist, mehr oder weniger einräumt, also beispielsweise mal ein paar Zigarren oder einige Glas Bier weniger genießt. Auch wird der einzelne Konsument der indirekten Steuern wegen niemals genötigt oder mit der Juangensoldatentragung bedroht. Sie werden von den Einzelnen fast gerührt aber doch nur wenig als Steuern empfunden. Die indirekten Steuern sind daher das Ideal einer Steuer gerade für die weniger bemittelten Volksklassen.

Würden diese indirekten Steuern aufgehoben werden, dann würden, zumal die Sozialdemokraten auch noch Unentgeltlichkeit der Reichspflege, der Bekämpfung, der Beibringung, der Verpflanzung in der Volksschule, der ärztlichen Güteleistungen und andere sozial-

politische Lieberpannigkeiten fordern, die direkten Steuern derartig in die Höhe geschraubt werden, daß selbst der allerärmste Proletarier zu ihnen herangezogen werden müßte. Der Steuererheber und Gerichtsvollzieher wäre dann in jeder Arbeiterfamilie ein ständiger Gast. Wenn aber die Arbeiterklassen nur durch den Gerichtsvollzieher an das Dasein des Staates erinnert werden, dann müßte auch der Haß gegen diesen Staat eine ungeahnte Höhe erreichen, und damit wäre dann der Augenblick gekommen, wo die Sozialdemokratie auf dem Wege der Revolution die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung über den Haufen kennen würde. Aber also der Sozialdemokratie die Forderung der Aufhebung der indirekten Steuern und der Einführung direkter Steuern für das Reich nachsetzt, muß sich klar darüber sein, daß er damit lediglich die revolutionären Gesetze der Sozialdemokratie bejagt.

Das Interview beim Fürsten Bülow.

In Nr. 327 der „Holl. Ztg.“ berichten wir von einem Interview, das der Chefredakteur des „Samburgischen Korrespondenten“ beim Fürsten Bülow gehabt hat. Wir stellen in die Widrigkeit der Äußerungen, welche dem Fürsten seitens des Interviewers in den Mund gelegt sind, teilweise starke Zweifel, weil es uns aus geschlossenen Kreisen, auf die wir so flüchtig und unrichtiger Diplomat wie Fürst Bülow zu Ansuchen hätte gelangen können, welche nicht allein im sachlichen Urteil stark getrübt sind, sondern zum Teil auch den Tatsachen direkt widersprechen.

Zwischen beschäftigt sich auch der „Reichsbote“ mit der viel erörterten Unterredung. Wir geben keine Auslassungen nachstehend wieder, die sich voll und ganz mit unserer Auffassung der Sache decken würden, wenn Bülow die Worte, wie sie im „Samburgischen Korrespondenten“ zum Ausdruck gelangt sind, wirklich so gesprochen haben sollte. Der „Reichsbote“ schreibt und zwar unter der Ueberschrift: „Zur A. B. W.“, folgendes:

„Es kostet uns jedesmal eine innere Selbstüberwindung, die bis zum Ueberdruß nun schon erörterten Kontroversen über die letzten Vorgänge der inneren Politik immer von neuem aufzunehmen. Man hatte auch gehofft, daß der formale Abschied und Stillstand, der jetzt darin erreicht ist, auch den Kampf der erigierten Geister abbrechen würde, so daß beim Abgange des vierten Kanzlers die Luft frei würde für die höheren allgemeinen Empfindungen der nationalen Taufbarkeit und Rücksicht. Aber ein Interviewer, der sich wieder an den schiedenden Kanzler gedrängt hat, hat ihm als abermaliges Sprachrohr gedient eines Unwillens gegen die Konfessionen, der menschlich begrifflich und vernünftig ist, aber um der ersten, zuweilen in die liberale Tonart verfallenden Vorwürfe und Regenden willen eine gewisse Zurückhaltung verlangt. Das Interviewer flieht von anmühsamer Erregung gegen die Konfessionen über, es sucht die Schuld überall, nur nicht dort, wo sie überwiegend liegt, es liest wie eine heftige Entgegnung auf die ruhige Sonderbrände Rede, es ist auch voll Widerwilligen. Soweit Zentrum, Polen usw. darin berührt sind, ist es nicht unter Beruf, darauf zu erwidern. Aber die Behauptungen, welche die konfessionelle Fraktion und ihre Zeitung betreffen, können um der zeitgeschichtlichen Wahrheit auch von unserer Seite nicht widersprochen bleiben, so ungern wir diese unrichtbaren und verbitternden Auseinandersetzungen fortsetzen.“

Wenn Fürst v. Bülow die Ausschaltung des Zentrums nicht wollte, so war es gerade bei der Reichsfinanzreform ein Fehler, wie ein Paradoxon, daß er die nur mit dem Volk und den Liberalen machen wollte; denn tatsächlich liegt dies auf eine Weise, die nicht, nachdem die Liberalen bei der Zurückbringung der Gesetzgebung verabschiedet hatten.

Es ist uns gleichfalls sehr unympathisch gewesen und auch heute noch wenig zugehend, daß sich die Frage der Erbssteuer derart zugeht hat, wir haben in der entscheidenden Phase den Konfessionen zum Nachgeben möglichst zugeredet. Aber es hat hier wohl ein höherer Prozeß über die Köpfe der Beteiligten hinweg seinen Gang genommen. Wenn der Reichskanzler nun befragt, daß sich die Partei gerade in dieser Frage, die doch seine Glaubensfrage sei, von vornherein zu stark festgelegt habe, so kann das bis zu einem gewissen Grade richtig sein, obwohl Herr v. Seydewitz doch gerade zwar wichtige konfessionelle Prinzipien für ihre Ablehnung ins Feld geführt und sie dadurch zur Glaubensfrage gemacht hat. Aber angenommen, diese konfessionelle Festlegung war ein Fehler — dann war es ein noch viel größerer, daß der Kanzler sie ignorierte, obwohl sie ihm, wie er zugehend, rechtzeitig und ehrlich mitgeteilt war, und daß er selbst sich mit seine Demissionsfrage ebenfalls dagegen festsetzte, um die erste Festlegung dadurch zu brechen. Das hieß den Teufel mit Belzebub vertreiben. Dadurch erst kam die unvermeidliche Krise hinein und ist es gegen den Kanzler aus, als das erwartete Zurückweichen der Konfessionen ausblieb, zugleich die Liberalen verjagten und auch eine Auflösung, ohne deren Möglichkeit eine Demission kein Schweregewicht hatte, in der Luft

schwabte, weil sie, politisch betrachtet, für eine monarchische Regierung ein dunkler Sprung in der Abgründ gewesen wäre und etwa die parlamentarische Basis der Clemenceau'schen Republik ergeben hätte. Wie sieht es nun mit dem Auflösungsbedenken, mit welchem die liberalen Führer doch auf ihren Parteitag, in der Presse, im Sanitätsband usw. ohne Zweifel geredet haben? Hat ihn der Kanzler wirklich freiwillig aus eigener Einsicht aufgegeben oder verlagert hier nicht vielmehr Wähler und Bundesrat, weil sie mit Recht die Folgen fürchten? Der Ausblick des Interwens auf die weitere Zukunft und Entwidlung, besonders auf die Wahlen und auf „Hilfspläne“ — so sprach ich „Welterg.“ „Woh! Ztg.“ „Berl. V. G.“ usw. — ist das Betriedende und zugleich auch Tendenziöse an ihm. Er läßt die staatsmännische Mühe zu sehr vernichten, sucht nur im voraus den Konfessionen die Schuld an allen Uebeln der Zukunft zuzuschreiben, wobei mit der Logik willkürlich umgegrungen wird. Denn wenn die Wahlen 1911 radikal ausfallen, sollen sie allein die Schuld tragen, und wenn diese Prophezeiung nicht eintritt, so haben sie ein Verdienst daran, sondern allein der Kanzler!

Am übrigen ist das erst spätere Sorge, so wenig wir den Ernst unserer gefamten inneren Lage verkennen wollen. Aber an ihm tragen viele Seiten und Ursachen eine Mitverantwortung. Das wollte wir davon abhängen, ob es bis 1911 gelangt, einen vornehmlichen, mehr Vertrauen erweckenden, gerühmten und schicklichen Gang der Staatsmännische zu erzielen, als er zuletzt herrschte.

Qualität besser war das Hof-Steuerprogramm auch nicht, wie das von der wirtschaftlichen Rechten angenommene. Mag darum die „Holl. Ztg.“ die Auslassungen des Fürsten ein „politisches Testament“ nennen, das sie noch weidlich agitatorisch ausnutzen dürfte, es bleibt zu bedenken, daß sie den zerstörenden Streit zwischen den bürgerlichen Parteien und zwischen dem Kanzler und den Konfessionen zur Freude des Liberalismus und der Sozialisten auftrüben. Die Mütter sind davon desto erbauer, je weiter links sie stehen. Ueber die Stimmung im Lande läßt Fürst v. Bülow aber wohl doch; hier ist richtig, was jedoch Herr v. Jedit im „Tag“ trotz ihrer großen Verwunderung für ihn schreibt, daß er nämlich die Agitation der großstädtischen Presse, die meist links steht, leicht mit der öffentlichen Meinung verwechselte.

Am der konfessionellen Partei betreibt man jetzt die Aufführung der Apologie auch lebhafter. Das zeigt die an anderer Stelle angeführte Proklama, die wir ebenfalls zur Verbreitung empfehlen. Auch Reichstagsabg. Graf Schwerin-Löwis hat sich gegenüber dem geschäftsführenden Vorsitzenden des konfessionellen Vereins des Demminer Kreises, v. Seydewitz, dem Vizepräsidenten, nach dem „Demminer Tagebl.“ ferner folgendemmaßen geäußert: Ich glaube mich mit meinem Votum zur Erbschaftsteuer bei der zweiten Lesung in vollster Uebereinstimmung mit meinen früher Abgem. Ausschüsse sowie dem Vorstand des Anflamer konfessionellen Vereins gegebenen Erklärungen befinden zu haben. Was ich verprochen habe, war, daß für mich die Zustimmung der Finanzreform oberstes Gesetz sei, daß ich, wenn ich mich gegen die Erbschaftsteuer erheben möchte, als berechtigt anerkennen müßte, doch kein unbedingter Gegner derselben sei, und daß ich deshalb nichts als für die selbe in mir zu tun werde, wenn ich dies für das Zustandekommen der Finanzreform als notwendig ergebe sollte. Diese Voraussetzung ist aber nicht nur eingetreten, sondern im Gegenteil war die Ablehnung der Erbschaftsteuer die ganz unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen der Finanzreform dadurch geworden, daß — sehr bewunderlicher Weise — die Anhänger der Erbschaftsteuer, d. h. die linksstehenden Volksparteien, bei den Verbrauchsteuern völlig verlagerten, während das Zentrum — ganz gegen seine Gewohnheit — sich zur Bewilligung der vollen von der Regierung geforderten 500 Millionen unter der alleinigen Bedingung einer Ablehnung der Erbschaftsteuer bereit fand. Wir Konfessionellen standen also ganz einfach vor der Wahl, entweder die Finanzreform unter Ablehnung der Erbschaftsteuer mit dem Zentrum zu machen oder sie als geteilt fallen zu lassen. Ich frage: Würde es bei dieser Sachlage wirklich meiner Abgem. gegebenen Zusicherung, „kein Opfer zu scheuen, um die Finanzreform zu Stande zu bringen“, entsprechen haben, wenn ich mich für die letztere Alternative entschieden, d. h. durch Annahme der Erbschaftsteuer die Finanzreform — mindestens für dieses Jahr — mit tödlicher Sicherheit zum Scheitern gebracht hätte? Ich glaube nicht. Ich glaube, mit meinem Verhalten nicht nur den Interessen des Reiches gedient, sondern auch den Ansichten meiner Wähler entsprechend zu haben, denen es doch in erster Linie nicht auf die Erbschaftsteuer, sondern auf das Zustandekommen der Finanzreform ankam. Graf Schwerin-Löwis ist also mit dem Wunsch, daß seine Ausführungen in seinem „Lieben heimatlichen Wahlkreise vielleicht etwas zur Aufklärung beitragen“ möchten.

Obentage.

17. Juli.

- 711. Beginn der siebenjährigen Schlacht bei Xeres de la Frontera.
1245. Abreise Kaiser Friedrichs II. durch Papst Innocenz IV.
1505. Luther geht ins Kloster zu Erfurt.
1797. Der französische Seefeldherr Paul Delauro geboren.
1854. Eröffnung der Eisenbahn über den Semmering.
1897. Der Erndter des Diphtheriekrankheits, Mag. Cerlet, ac-tionieren.

Tagespruch: Den Splitter in des Nächsten Auge... Gebete.

Halleische Nachrichten.

Eine kriegerische Ballonverlosung.

Der nächsten Sonntag stattfindende kriegerische Ballonverlosung wird von allen Seiten mit großer Spannung entgegen-gesehen. Es dürfte von Interesse sein, nochmals auf die Bestim-mungen aufmerksam zu machen.

Obdanksverteilung. Wie der 'Staatsanzeiger' jetzt mitteilt, wurde dem Ober-Ratrat Wilhelm Meißner, bisher Amtlich

Die vierde Lehrerschaft des Deutschen Pflanzvereins, zu der 300 berufliche Lehrer aus allen Bundesstaaten einzuliegen erhalten haben, findet vom 25. bis 30. Juli statt.

Der neue Antrag mit der 'Doppelten Moral', jenen Roman, der letzenerzeit auch die hiesige Bürgerchaft aufregte, wird am Montag in Wittenberg von dem Verfasser seine Ehre finden.

Generalversammlung evangelischer Kirchner in Berlin. Am 14. Juli fand unter Vorsitz des hiesigen Pastors ein

Angabenänderungen für Mittel- und Volksschulen. Mitteilung 3, 5 und 11 unternehmen Sonnabends nachmittag einen Ausflug durch die westliche Seite nach Wieskau

Der Verein der Wirtschaftler von Halle a. S. und Um-gegend hält diesen Sonntag nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal

22. August (Sonntags) eine Turnfahrt nach Weitzenburg (Treff-punkt Bah) über Zeitzing, die Schönburg nach Raumburg. Mittags 1/2 12 Uhr erfolgt der Abmarsch von Weitzenburg unter Führung

Der evangelische Jugendverein von St. Marien macht alle Mitglieder nachmittags auf die Sommerfeier, den 18. Juli, abends 8 Uhr stattfindende Generalversammlung aufmerk.

Operettenaufführung im Apollotheater. Die hiesigen Bühnen entsprechend verleiht die reizende Operette Die Puppe noch

Verlorenes Karosselfeld. Bei einer in den heutigen Morgenstunden abgehaltenen Reise wurden drei Mann an der leinen Transportvor etwa 1/4 Meilen von Karstoff a. a. abgeholt.

Geleitete Hofkammer. Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S., den Stationen der Kaiserlich und Kaiserlich-mittel

Bermittlung.

Herr Wilms letzte Photographie als Reichsanwalt. Wie die 'N.' erzählt, hat sich Herr Wilms vor einigen Tagen bei einem bekannten Berliner Photographen

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Ein neuer Raddschreiber begann am Mittwoch in Offen (Nau), und zwar gegen den Restaurateur Wagner-Ofen wegen Ver-leidung

Der Ruffe Wassilien in Genf, der des Bankraubes beschuldigt ist, hat seine Einwilligung in die Auslieferung an Mühlhaus

Die Besuche mit der Desfrennung zur Befestigung des Straßenraumes in Berlin haben ein günstiges Resultat ergeben, so daß

Ein tragisches Verbrechen ereigte eine Familie in Esonobice. Die Tochter sollte in acht Tagen Verlobung feiern. Borgarten erfuhr die

Schwere Ausbreitung bedenklicher Fabrikarbeiter. Die Plünderung und Verwüstung einiger Sardinienfabriken in der

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Die neue Kammerlinie. Anlässlich der Ernennung des neuen Kanzlers richtet sich naturgemäß das allgemeine Interesse auf die Familie des Herrn v. Wetmann-Kollweg, der demnach

Tages-Marktblätter.

Die eingekommenen Notierungen sind vom 14. Juli. Warenbericht. (Die eingekommenen Notierungen sind vom 14. Juli.) Baumwolle...

Letzte Draht- und Fernsprech-Nachrichten.

Mysteriöser Tod eines Jagenjüngers. Stendal, 16. Juli. Heute morgen gegen 1 1/2 Uhr fand man den Jagenjunker v. Jenner...

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 16. Juli, 2 Uhr nachmittags.

Table with multiple columns: Eisenbahn-Aktien, Eisenbahn-Obligationen, Eisenbahn-Prioritäten, Schiffahrts-Aktion, Bank-Aktion, Deutsche Anleihen, Pfandbriefe, Anleihen Staatspapieren, Brauerei-Aktion, Industrie-Papier, Aktien.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 16. Juli, 1 Uhr.

Table with columns: Dividende voriger Jahre, Dividende vorletzter Jahre, Aktien.

Wetterbericht des offiziellen Wetterdienstes vom 16. Juli, früh 7 Uhr.

Table with columns: Ort, Luftdruck, Temperatur, Wind, Wetter, Temperatur 16. Juli (niedrig/hoch), Regen (mm).

1) Vormittags geringe Niederschläge, nachmittags Gewitter. 2) Vormittags geringe Niederschläge, nachmittags Gewitter. 3) Geringer Regen...

Wasserstände am 16. Juli. Saale: Halle Unt. + 1.04, Cöpn. +, Trotha Unt. + 1.94, Gredlitz + 0.98...

Sirliche Anzeigen von Halle und Vororten.

3. Sonntag nach Trinitatis, den 18. Juli. Zu H. L. Franzen: Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst. 10 Uhr: Predigt...

REBECO ZAHNPASTA. wird seit 10 Jahren ständig von Aerzten und Zahnärzten empfohlen.

Bankhaus Paul Schausol & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Deltzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen...

